

---

**Persistenter Identifier:** 194787443  
**Titel:** Erg.-Bd.  
**Ort:** Mainz  
**Beschriftungen:** Systemvoraussetzung der Online-Ausg.: HTML; Zugriffsart: Internet und World Wide Web  
**Strukturtyp:** Volume  
**PURL:** <http://goobiweb.bbf.dipf.de/viewer/image/194787443/1/>

der Entwicklung des Schulwesens in denselben bezeichnen sollen, nämlich 1) Deutschland, Schweiz, Skandinavien; 2) Frankreich, England; 3) Österreich, Ungarn, Italien, Griechenland; 4) Spanien und Portugal, Irland, Rußland, Türkei. Spanien wollte sich nun diese Klassifizierung seinerseits nicht gefallen lassen und warf dem Urheber derselben vor, er erhebe die Ehre des einen Staates, indem er die anderer verunglimpfe. Um die Ehre des eigenen Landes zu retten, hat nun die spanische Unterrichtsverwaltung eine andere Karte anfertigen lassen, welche sie gegenwärtig an die Kultusministerien der europäischen Staaten versendet. Auf dieser Karte erscheinen nun in erster Klasse Deutschland, Schweiz, Schweden, Frankreich; dann kommen 2) Großbritannien, Spanien, Norwegen, Niederlande; 3) Österreich-Ungarn, Italien, Portugal, Griechenland, 4) Rußland und die Türkei. Wir brauchen nicht zu untersuchen, wer recht hat. Obenangeführte Thatfachen und Zahlen geben hinlänglich Gelegenheit, um uns ein Urtheil zu bilden. — Seit einigen Jahren haben die Protestanten von Deutschland aus Spanien zum Beteuerungsfeld sich ersehen und errichten protestantische Unterrichtsanstalten. Es sollen in allen größeren Städten und in vielen kleineren Orten protestantische Schulen bestehen und von ungefähr 8000 Kindern besucht werden. In Madrid selbst bestehen zwei Elementarschulen und werden von etwa 300 Kindern besucht. Die zu einem Gymnasium zu erweiternde Knabenschule hat außer der Vorschule bereits drei Gymnasialklassen (1882). Auch existirt ein protestantisches Waisenhaus mit ungefähr 30 Pflinglingen beiderlei Geschlechts. Die 8000 Schulkinder sind jedoch noch etwas unsicher. Sicher ist schon, daß in den größeren Städten, wo viele Fremde des Handels und der Geschäfte wegen sich aufhalten, das Bedürfnis hervortrat, protestantische Schulen zu gründen; sicher ist auch, daß in vielen kleineren Orten der „Versuch“ gemacht wird, „zu evangelisieren“. Sicher ist aber auch, daß der eingeborene Spanier der Evangelisation ebensowenig zugänglich ist, wie der Italiener.

**Steiermark** (Bd. III, 551, 568. IV, 534). Das Herzogtum Steiermark ist 22,460 qkm = 408 Q.-M. groß mit 1,212,000 Einwohnern, theils Deutsche, theils Slaven. Die Besoldungen wurden durch das Gesetz vom 3. Mai 1874 geregelt. Es erhalten die Lehrer in der Landeshauptstadt Graz 900 fl., die außerhalb derselben angestellten 550, 600, 700 oder 800 fl. Lehrer an öffentlichen Bürgerschulen erhalten 100 fl. mehr als die Volksschullehrer am gleichen Schulorte. Provisorische Lehrer erhalten, so lange sie kein Lehrbefähigungszeugnis besitzen, zwischen 60 und 70, definitiv angestellte Unterlehrer 80 % des Gehaltes. Direktoren erhalten 200 fl., Oberlehrer in Graz und in Orten der I. und II. Klasse 100 fl., in Orten der III. und IV. Klasse 50 fl. Zulage. Lehrerinnen sind mit den Lehrern gleichgestellt. Sonderbar ist es, daß 1882 im Landtag ein Antrag gestellt wurde, die Besoldungen der Lehrer zu mindern; derselbe erhielt aber nicht die Stimmenmehrheit. — 1881 hatte Steiermark 745 öffentliche Volksschulen, von denen in 626 ganzjähriger und ganztägiger Unterricht erteilt wurde. Dazu kommen 40 Privatvolksschulen, unter welchen 16 mit Öffentlichkeitsrecht. Die Zahl der schulpflichtigen Kinder betrug 154,967 (gegen 151,622 des Vorjahres), von denen 134,312 die öffentlichen Volksschulen besuchten (gegen 130,239). In anderen Schulen oder zu Hause wurden unterrichtet 7189 Kinder, ohne nachgewiesenen Unterricht blieben 6,4 %. Einer großen Anzahl (8891 Kindern) mußten Schulbesuchserleichterungen bewilligt werden. Es gab 1262 und zwar 982 mit Lehrbefähigungs-, 202 mit Reisezeugnis, 78 ohne Zeugnis. Von 280 Lehrerinnen waren nur 2 ohne Zeugnis und hatten nur 95 bloß das Reisezeugnis. Es gab 855 von der Kirchenbehörde angestellte Religionslehrer, aber keinen vom Staate angestellten. 141 Arbeits- und Sprachlehrerinnen hatten Lehrbefähigungszeugnisse,